Zeitschrift: Wohnen

Herausgeber: Wohnbaugenossenschaften Schweiz; Verband der gemeinnützigen

Wohnbauträger

Band: 63 (1988)

Heft: 1

Rubrik: Gesichtet und gesiebt

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Gesichtet und gesiebt

Schweizers Boden interessiert Schweizers wenig. Bundesrätin Elisabeth Kopp ist vom «Brückenbauer» zur Bodenfrage zitiert worden; sie hat sich dem Sinne nach enttäuscht gezeigt über das Desinteresse am knappen Boden. In der Tat weiss jeder, der einmal mit dem allgemeinen Problem unserer Bodenfläche zu tun gehabt hat, dass Herr und Frau Schweizer zwar brennend interessiert sind am individuellen Besitz von Boden sei es, um darauf zu wohnen oder damit zu «geschäften» -, aber die darüber hinausgehenden Probleme schlicht nicht zur Kenntnis nehmen. Blosse Klagen darüber verbessern erfahrungsgemäss die Lage nicht. Was nicht ganz unbedenklich wirkt, weil wir unsere Flächen schon lange vielfältig übernutzen. Man mag sich deshalb fragen, ob es nicht in den Pflichtenkreis des zuständigen «Exekutivmitgliedes» fällt, dass allgemeine Bodenprobleme der Bevölkerung mit modernen Kommunikationsmitteln nahezulegen. Die traditionellen Gastreden bei jubilierenden Verbänden und Organisationen genügen wahrscheinlich nicht mehr. Bundesrat Flavio Cotti hat ein Zeichen für zeitgemässes Kommunizieren gesetzt, indem er sich als «Umweltschutzminister» den Fragen der «Kassensturz»-Redaktion am Fernsehen stellte. Sollte Bundesrätin Elisabeth Kopp nicht bei Gelegenheit etwas ebenso Wirksames für die kaum allgemein zur Kenntnis genommene, geschweige denn begriffene Bodenproblematik tun?

Schweizer Raumplanung ist nicht «nur eines Beamten Aufgabe». Die «Weltwoche» hat zwar in verdienstvoller Weise auf den äusserst unbefriedigenden Vollzug des Raumplanungsgesetzes des Bundes vom 1. Januar 1980 durch einige Kantone aufmerksam gemacht. Sie hat aber zugleich den Missstand auf den höchsten zuständigen Chefbeamten beim Bund bezogen. Im modernistischen Journalismus ist es eben Unsitte, dass die Sachproblematik personifiziert wird. Die «Raumplanungsstory» der «Weltwoche» brauchte offenbar einen einzelnen Bösewicht, und dieser ist nun eben angeblich der Chef des Bundesamtes für Raumplanung. Man könnte sich zwar vorstellen, dass den säumigen Kantonen im Bundeshaus weniger Geduld als bisher gezeigt würde. Aber deswegen wollen wir doch die Verantwortung dort sehen, wo sie liegt: bei den Kantonen. Sie sind nach der Verfassung für den Vollzug des Bundesgesetzes über Raumplanung

zuständig und verantwortlich. Doch noch einmal: es ist verdienstlich, dass ein Presseorgan auf den sehr im argen liegenden Stand der Raumplanung in gewissen Kantonen hinweist. Nur ist nicht der einzelne Beamte, Fürsprecher Marius Baschung, anzuprangern, sondern die Gruppe der säumigen Kantone.

«Die Bank» ist nicht am Wirtschaftswandel schuld. Das «Tages-Anzeiger-Magazin» (TAM) verbreitet unter dem Titel «Es bankt nur so in Zürich» einen Bericht, der zeigt, dass in Zürich gegenwärtig Banken «wie Pilze aus dem Boden schiessen». Es folgert, ihr Raumbedarf sei unersättlich. Andererseits nimmt das Presseorgan Stellung zur Kontroverse im Zürcher Stadtrat, der Stadtexekutive, deren einer Teil einverstanden ist, weite Gebiete von Industriezonen zu Dienstleisterzonen umzuwandeln, und deren anderer Teil diesen Vorgang stark beschränken möchte. Das TAM lässt seine Sympathie für die Beschränkung mehr als durchschimmern. Nun kann man viel Verständnis dafür haben, dass die grösste Schweizer Stadt sich einigermassen wohnlich bewahren will und nicht nur einen geballten Arbeitsplätzehaufen mit allen daraus werdenden Problemen als ihre Zukunft sieht. Auf der anderen Seite scheint der Wandel der Schweizer Wirtschaft von einer vorwiegend industriell bestimmten zur Dienstleistergesellschaft unausweichlich und noch keineswegs abgeschlossen. Dass die Dienstleistungsunternehmen und vor allem die Banken sich nicht in die Bergkantone dislozieren lassen, sondern sich zentral - und das heisst eben in Zürich - vergrössern wollen, scheint uns ein zu anerkennender Tatbestand. Dabei gilt auf jeden Fall, dass niemand für schuldig gehalten werden sollte am Zwang zum Wandel der Wirtschaft, weder eine einzelne Bank noch das Bankengewerbe.

Den «elektronischen Heimarbeiter» gibt es real noch kaum. In der Gedankenwelt von Futurologen und Raumplanern, die heute schon im Morgen leben, gibt es einen in seinem Heim am elektronischen Gerät arbeitenden Zeitgenossen, der geradezu ihr Hätschelkind ist. Denn er erspart seiner Mitwelt eine ganze Reihe von Schwierigkeiten: er verstärkt keine Pendlerströme, er erhöht die städtische Arbeitsplatzkonzentration nicht, und er belastet die Umwelt wenig, weil er ja beispielsweise zu Hause bleibt, während seine Arbeitskollegen Verkehr erzeugen.

Usw., usf., kurz, der elektronische Heimarbeiter ist geradezu ein Liebling der Zeit. Er hat nur den Fehler, dass es ihn noch kaum gibt. Die «NZZ» zeigt im Bericht über eine Untersuchung zur Telearbeit in Deutschland die «marginale Bedeutung» der elektronischen Heimarbeit. Der Grund für die Kaumentwicklung in die erträumte Richtung der Arbeitswelt: Noch zu wenig überzeugende Vorteile für Unternehmen. Die «Neue Zürcher Zeitung» zitiert ein Symposium des Gottlieb-Duttweiler-Institutes über langfristige Zukunftsfragen, an dem folgende Resultate einer Berliner Untersuchung zur Sprache kamen. Man kann festhalten, dass in der Bundesrepublik sich die quantitative Bedeutung der elektronischen Heimarbeit 1987 noch äusserst bescheiden ausnimmt. Falls sie überhaupt vorkommt, ist sie vorab in den Branchen anzutreffen, in denen aufgrund der hochqualifizierten Tätigkeiten, wie zum Beispiel Software-Kreation, keine Imageprobleme zu befürchten sind. Einmal mehr zeigt sich, dass die Technikgläubigen seinerzeit mit ihren unbedachten Prognosen des raschen Vordringens der elektronischen Heimarbeit nichts von Soziologie verstanden und demzufolge die entscheidenden sozialen Probleme des Wandels der Arbeits- und Wohnwelt nicht begriffen haben.

